

Einzelhefte sind zu beziehen bei den Postämtern... Preis 10 Pfennig

Der Proletarier

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Hall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Vrey.

Druck von E. K. G. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Hall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kollatstraße 1, 2. u. 3. — Fernsprech-Nr. 2022.

Die zweite Sitzung des Verbandsbeirats

lagte am 4. und 5. April im Gewerkschaftshause zu Hannover zwecks Erledigung folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Erhöhung der Unterstufungen, besonders für Streik und Maßregelungen. Erhöhung der Beiträge?
3. Erhöhung der Unterstufungsätze der Unfallkasse.
4. Anträge zum Gehaltsregulativ.
5. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

An der Konferenz nahmen teil 35 Beiratsmitglieder, 16 Gauleiter, 3 Aufsichtsratsmitglieder, 9 Vorstandsmitglieder, 8 Branchensekretäre und 2 Vertreter des statistischen Büreaus.

Kollege Vrey betont in seiner Einleitung: Erfolg oder Mißerfolg der Organisation hängen in erster Linie mit ab von der Wirtschaftslage. Die bestehende internationale Krise erfährt möglicherweise für Deutschland eine Verschärfung durch die Londoner Verhandlungen. Die „Sanktionen“ mit dem fünfzigprozentigen Ausfuhrzoll bedeuten für das ganze Gewerbeleben eine Unsicherheit sondersgleichen, deren gefährlichste Folge Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen sein wird.

Unsere Organisation selbst intakt zu halten, ist bis jetzt gelungen. Soll es weiter gelingen, so müssen parteipolitische Betätigungen aus dem Verband ferngehalten werden. Es ist unzulässig, daß Poststellen, entgegen dem § 23 Abs. 10 des Statuts, Verbandsgelder zur Finanzierung von Parteiblättern hergeben. In letzter Zeit wurden insbesondere kommunistische Blätter finanziert. Es geht auch nicht an, Ortsverwaltungsmitglieder oder Geschäftsleitungen zu bejehigen, weil diese nicht auf dem Boden der dritten Internationale stehen. Ein solcher Fall hat sich in Halle ereignet. Unter solchen Umständen zustande gekommene neue Verwaltungen kann der Vorstand nicht befähigen. Eine Einladung des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände zur Tagung am 1. Mai in Moskau hat der Vorstand ablehnend beantwortet. Vrey geht dann auf die Vorgänge in Levertufen ein und weist nach, daß der Vorstand in gehandelt hat, wie er handeln mußte. Die dortige Geschäftsleitung ist an den bedauerlichen Vorgängen mit schuld. Er streift dann kurz die neuerschaffenen Einrichtungen zur geistigen Weiterbildung von Gewerkschaftsvertretern auf der Universität Münster und auf der Arbeiterakademie Frankfurt a. M. Der Vorstand hat sich grundsätzlich für die Bejehigung durch geeignete, bildungsfähige Mitglieder unserer Organisation ausgesprochen.

In der Diskussion kommt eine einheitliche Auffassung in den Hauptfragen zur Diskussion. Es geht um die Frage, ob der Vorstand weitergehende Befugnisse, um in Fällen wie in Levertufen unzufolge Leute bejehigen zu können. Er bedauert, daß unsere Tarifverträge so wenig Einheitslichkeit aufweisen. Die sozialen Zulagen müssen bei der Steuerberechnung in Abrechnung gebracht werden können. — Tempel (Freiburg) hat die Aufforderung im „Proletarier“ zur Gegenseitigkeit für ja. — Wirth (Höln) schildert die Vorgänge in Wiesdorf. Wirth (Höln) erklärt, daß die dortige Leitung die Situation völlig verfehlt habe. — Reimann (Berlin) verweist die sozialen Zulagen und verweist mit scharfen Worten die nur gegen die Arbeiterinangeführten Ausnahmestellen. — Hehlig (Frankfurt) stellt die Frage, wie wir uns als Organisation zu einem evtl. einsetzenden Lohnabbau stellen wollen. Er glaubt, mit den sozialen Zulagen wird ein Teil zwischen die letzten und die verheirateten Arbeiter getrieben. — Reimann (München): In der Papierindustrie werden die Arbeiter mit der Drohung der Firmeninhaber eingeschüchert, entweder pro Schicht 12 Stunden und die Woche voll, oder 8 Stunden nur drei Tage in der Woche zu arbeiten.

Hertwig (Höln) wünscht keine so scharfen Maßnahmen gegen die kommunikativen Mitglieder, doch sollen jene, die auf Verjehigung der Organisation hinarbeiten, ausgeschlossen werden. — Reimann (Hauptvorstand): Die Bemängelung der Einheitslichkeit unserer Tarifverträge ist berechtigt. Die Schuld an den sozialen Abweichungen liegt aber an der Verjehigungsmöglichkeit der für uns zuständigen Industriellen. Für die Berechnung der Arbeitszeit resp. der Levertufen ist die tägliche arbeitsfreie Arbeitszeit maßgebend und nicht die 48-Stunden-Woche. Diesen Standpunkt haben wir jetzt vertreten. Soziale Zulagen haben wir nach dem Kriege nach Möglichkeit abgebaut. Bezüglich des Lohnabbaus hat der Vorstand mit den Mitgliedern in der Abwehr. — Prüll (Hauptvorstand): Der „Proletarier“ hat nicht zur Bildung des Gewerkschaftsbeirats beigetragen, sondern zur Verjehigung der kommunikativen Beiratsmitglieder, was die Notwendigkeit vorliegt. Die kommunikativen „Führer“ sind durch praktische Arbeit zur Verantwortlichkeit nicht zu erziehen. Ihre praktische Arbeit im Sinne Moskaus setzen wir in Wiesdorf, in Mitteldeutschland usw. — Vranz (Arbeitsgemeinschaft Heimerle): Ein Lohnabbau in nächster Zeit ist nicht sehr machbar. Wir haben auch verschiedene Schreiben noch mit Preisempfehlungen zu rechnen. In den Vertriebsstellen müssen unsere Kollegen mehr aktiv auftreten und nicht die Vertretung anderer Verbandsangehörigen überlassen. Leider bejehigen die Arbeiter jetzt oft den Kapitalgebern dadurch, daß sie an fünf Tagen länger arbeiten, um den Sonntagslohn zu bekommen. — Eißler (Papierindustrie): Manche Unternehmer fragen bei der Einstellung von Arbeitern heute schon, wieviel Kinder sie haben. Ich werde die sozialen Zulagen bekämpfen. — Heimerle (Hauptvorstand) erörtert die Vorgänge bei der Wahl des Beiratsvorsitzenden im N. Grund. Die Ausschreibung ist nur in kommunikativen und unabhängigen Zeitungen erfolgt. Der Gewerkschaft hat auch nicht Mitglied unseres Verbandes. Der Vorstand hat die Bejehigung verfügt. Die Bildung der Beiratsmitglieder in Halle ist aus politischen Gründen erfolgt. Das kann der Vorstand nicht zugeben. — Reimann (München): Mitglieder resp. Leitungen, die sich nicht auf das Berufsamt verjehigen, gehören nicht mehr zum Verband. Wer die Organisation selbstständig leitet, muß ausgeschlossen werden. Viele Kollegen glauben, daß Verjehigungsätze ihre Lage verbessern zu können. Wirten wir dem entgegen, wenn wir nicht die Maßnahme gegen uns. — Reimann (Berlin): Die Parole im Verbandsbeirat nicht als SPD, USPD oder KPD, sondern Kampfbund oder Moskau? — Tempel (Freiburg): Die Richtung Moskau hat noch nicht den

Beweis erbracht, daß sie für die Arbeiterschaft nützlicher wirken kann als die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form. — Vrey geht auf verjehigende, in der Diskussion aufgeworfene Fragen ein. Zum Falle Levertufen erklärt er, Specht habe finanzielle Transaktionen vorgenommen, die nicht zu billigen sind. Die Ortsverwaltung hatte in seines Amtes entsetzt die Mitgliedschaft seine ihn aber erneut ein, sogar als Kassierer. Wir haben uns für die Rückerstattung Mitgliedschaft gekümmert. Durch die letzten Vorgänge in Wiesdorf ist dem Verbandsbeirat eine Schläge verjehigt worden. Aus der Debatte hat sich ergeben, daß der Beirat das Verhalten des Vorstandes in Halle Wiesdorf billigt. Vrey stellt ferner fest, daß der Beirat die Verjehigung von Lokalmitteln zur Unterstufung kommunikativer oder anderer Presseunternehmungen gutheißt, die acht Punkte der Richtlinien als Mindestmaß der Abwehr gegen kommunikativen Bejehigungen ansieht. (In den mit der Halle vereinbarten acht Punkten werden in der Hauptfrage Statut und Verbandsbeschlüsse anerkannt. Die acht Punkte kommen im Protokoll von der 2. Beiratsitzung zum Ausdruck. Die Redaktion) Heimerle (Hauptvorstand) referiert hierauf über Wahl und Zusammenjehigung der Beiratsräte. Die Beiratsleistungen dürfen die Beiratsräte nicht einfach den alten Beiratsräten überlassen. In die Beiratsräte müssen erfahrene Gewerkschafter. Obleute sollen nur ältere Mitglieder sein. Wir müssen daran gehen, die Beiratsräte überall zusammenzufassen nach den Vorschlägen der Beiratsrätezentrale des DGB.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung referiert Heimerle. Nach eingehender Diskussion wird beschlossen: Für erwachsene männliche Mitglieder wird eine besondere Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 3 Mark geschaffen. Auf Beschluß der Zahlstelle kann dieser Beitrag für die ganze Zahlstelle, auf Beschluß einer Zahlstellenleiterkonferenz für den ganzen Gau als ordentlicher Verbandsbeitrag eingeführt werden. Auch einzelne Mitglieder können den erhöhten Beitrag leisten. Die Mitglieder der besonderen Beitragsklasse erhalten in Unterstufungsstellen die für die erste (2,50 Mk.) Beitragsklasse festgesetzten Sätze bei Erwerbslosigkeit, bei Umzügen, bei Todesfall und eine erhöhte Streikunterstufung. Diese beträgt nach einer Mitgliedsdauer und Beitragsleistung

von 13 bis 26 Wochen	66 Mk. pro Woche,
von 26 bis 52 Wochen	80 Mk. pro Woche,
über 52 Wochen	104 Mk. pro Woche.

Der Kinderzuschuß bleibt wie seither.

Wo am 1. Juli 1921 der erhöhte Beitrag eingeführt wird, treten mit dem gleichen Tage die erhöhten Unterstufungsätze in Kraft. Wo dagegen der erhöhte Beitrag erst nach dem 1. Juli zur Einführung gebracht wird, bedarf es zur Erlangung der erhöhten Unterstufungsätze einer 13wöchigen Wartezeit.

Punkt 3 und 4 erfahren eine Umstellung. Der Beirat beschließt die Neuregelung der Mieten und der Gehaltsätze. Beschlossen wird auch die Verdoppelung der Beitrags- und Unterstufungsätze zur Unfallunterstufungskasse der Verbandsfunktionäre. Die Beiträge sind vierteljährlich zu entrichten. Diese Beschlüsse gelten ab 1. April 1921.

Maier (München) unterbreitet einen Antrag auf Einführung einer Unterstufungskasse für invalide Angestellte resp. deren Hinterbliebenen. Die Angestellten haben in diese Klasse 3 Prozent ihres Gehaltes zu zahlen. Eine Kommission soll den Entwurf durchberaten und den Interessenten so zeitig unterbreiten, daß eine Stellungnahme zum nächsten Verbandstag möglich ist. Der Beirat beschließt entsprechend und wählt in die Kommission die Kollegen Weichmann (Kassel), Hertwig (Höln), Maier (München), Reimann (Berlin), Reimann (Hannover) und Heimerle (Hannover).

In seinem Schlusswort faßt Kollege Vrey die Arbeiten der Beiratskonferenz noch einmal zusammen und wünscht, der Beirat könnte bei seiner nächsten Tagung feststellen, daß sich die Wirtschaftslage günstiger gestaltet habe als wir es befürchtet haben.

Der britische Gildensozialismus.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der britischen Arbeiterschaft trotz der Erfolge, welche auf politischem Gebiete erzielt wurden, führte kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges zum Aufkommen der gildensozialistischen Bewegung, die in den folgenden Jahren rasch erflorte und heute bereits, namentlich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, eine große Zahl von Anhängern hat. Die Gildensozialisten wollen das Lohnsystem bejehigen, aber nicht an die Stelle des privaten Kapitalisten den Staat und seine Unterorganisationen setzen, sondern die Führung der Volkswirtschaft in Zwerbverbänden übertragen, deren leitende Personen von den interessierten Kreisen der Bevölkerung unmittelbar zu bestellen wären. Damit hoffen die Gildensozialisten das Ziel zu erreichen, das der Arbeiterschaft seit langem vorjehigt, nämlich wirtschaftliche Demokratie, wogegen sie befürchten, daß der Staats- und Gemeindegewalt die wirtschaftliche Macht in die Hände einer Bürokratie legen würde, auf welche die Bevölkerung — auch bei durchaus demokratischem Wahlsrecht — praktisch sehr wenig Einfluß haben würde. Ueberragt man die Wirtschaftsführung dem Staat, sagen die Gildensozialisten, so überläßt man ihn mit vielerlei Aufgaben, deren Ausführung die gewählten Volksvertreter nicht zu lenken und zu überwachen imstande sind, weil man bei ihnen unmöglich die Fachkenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen kann, die dazu notwendig wären. Wo ist die Folge, daß sie in weitaus den meisten Fällen die Bureaufürten gewähren lassen müßten, welche die Verwaltungsbehörden zur Leitung der Wirtschaft berufen haben. Auch ist es ausgeschlossen, daß der Wähler, der einen Vertreter in eine Körperschaft mit vielseitigen Aufgaben mitwählen hat, selbst entscheiden

kann, welcher von den zur Wahl stehenden Gewerkschaftern die beste Eignung besitzt, in jener Körperschaft zu wirken; seine Entscheidung wird vielmehr durch die Werbeträgheit der Parteien bestimmt werden, in der allgemeinst Schlagschlagworte die größte Rolle spielen.

Der eifrigste der geistigen Führer des Gildensozialismus, G. D. H. Cole, schreibt in seinem kürzlich erschienenen Buche „Social Theory“ unter anderem: „Aus der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen parlamentarischen Regierungsmethoden gibt es nur einen Ausweg, und der besteht darin, einen Zwerbverband für jedes einzelne Gebiet gesellschaftlicher Tätigkeit eine ihm entsprechende Art der Vertretung der Beteiligten zu schaffen.“ Wenn die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, meint Cole, auch von Zwerbverbänden sind, so fallen die Mängel des Repräsentativsystems (der repräsentativen Demokratie) fort, weil die Vertreter, welchen die Verbände ausführende Gewalt geben, Sachverständige sein werden, weil sie von den Angehörigen dieser Verbände ohne Schwierigkeit beraten und kritisiert sowie auch freispruchberufen werden können, denn das Rückberufungsrecht muß als letzte Sicherung gegeben sein.

Die wichtigsten Arten der Zwerbverbände sind die politischen und wirtschaftlichen (wozu noch solche für soziale Fürsorge, für Erziehung, für wissenschaftliche und religiöse Zwecke usw. kommen). Die politischen Verbände sollen auch in der von den Gildensozialisten erstrebten Ordnung der Staat und seine Unterorganisationen sein, die auf einer Gebietsgrundlage beruhen; ihre Vertretungskörperschaften wären von der Gesamtbevölkerung des betreffenden Gebietes durch allgemeine Wahlen zu bilden. Für die Erledigung wirtschaftlicher Aufgaben aber sollen besondere Zwerbverbände eingerichtet werden, Gilden oder Gewerkschaften, deren Leitung von den Personen gewählt wird, die in dem betreffenden Wirtschaftszweigen tätig sind. In dem Punkte kommen sich also die Auffassungen der Gildensozialisten und der Syndikalisten sehr nahe. Doch betonen die ersteren, daß sie keineswegs beabsichtigen, den Arbeitern eines jeden Betriebes, oder auch den Berufstätigen innerhalb eines ganzen Wirtschaftszweiges, völlige Entscheidungsfreiheit darüber zu lassen, welche Güter sie erzeugen oder welche Dienste sie leisten wollen, oder auch wie lange die Arbeitszeit sein, wie hoch die Entschädigung für die Leistung bemessen werden soll usw. Die Gemeinschaft wird in der Entscheidung dieser Dinge mitzureden haben (namentlich durch Körperschaften, welche eine organisatorische Verbindung der einzelnen Zwerbverbände herstellen), aber ein gutes Maß von Rechten muß auch den wirtschaftstätigen Personen zufallen.

Zur Einordnung der verschiedenen Zwerbverbände in das Gemeinschaftsleben, zur Vermeidung von Konflikten dieser Organisationen untereinander, wird empfohlen, gemeinsame, einordnende Körperschaften der Zwerbverbände zu bilden, die gewissermaßen als Berufungsinstanzen bei Streitigkeiten zu funktionieren hätten. Dem Staat soll eine solche Gewalt nicht übertragen werden, doch könnten ihm — nach Coles Vorschlag — weitgehende Befugnisse in bezug auf die allgemeine Regelung der Bedarfsdeckung zugesprochen werden, nicht etwa die Verteilung bestimmter Bedarfsgüter nach dem Vorbild der Kriegswirtschaft, sondern die Bestimmung der „Verbrauchskraft“ (also der Kaufkraft) der Bevölkerung.

Durch die Errichtung von Zwerbverbänden zur Leitung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und anderer Angelegenheiten der Gemeinschaft soll es jedem Angehörigen dieser Gemeinschaft möglich gemacht werden, tatsächlich Einfluß auf alle Angelegenheiten zu gewinnen, die ihn wohl berühren, und zugleich soll er in die Lage kommen, diesen Einfluß so geltend zu machen, wie es seinen Überzeugungen und Ansichten entspricht. Die wichtigsten und nächstliegenden Dinge sind die Gütererzeugung und -verteilung, und demgemäß würde jedes Mitglied der Gemeinschaft einer Erzeuger- und Verbraucherorganisation angehören. Hauptächlich auf diese aktive Teilnahme an der Gestaltung der Erzeugung und des Verbrauchs setzen die Gildensozialisten ihre Auffassung, daß der Gegensatz von Produzenten- und Verbraucherinteressen in einer nach ihrem Plane organisierten Gemeinschaft kein wesentliches würde sein können.

Durch die Anteilnahme an Zwerbverbänden anderer Art, besonders den durch Staat und Gemeinden dargestellten politischen Organisationen, ist überdies jedem Gemeinschaftsangehörigen die Möglichkeit gegeben, sich auch in der Verfolgung der dem Alltag ferner liegenden Zwecke zu betätigen, überall dort mitzuwirken, wo er es nach Neigung und Ueberzeugung für angezeigt hält.

Zwischen den einzelnen Vertretern des Gedankens des Gildensozialismus besteht Uebereinstimmung darin, daß sie den Einfluß des Staates auf die Wirtschaftsführung erheblich einschränken wollen, und daß sie weitgehende Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerung in Dingen der Gütererzeugung und des Güterverbrauchs erstreben. In bezug auf die Einzelheiten der Durchführung des Systems bestehen jedoch weitgehende Meinungsverschiedenheiten. So zum Beispiel denken manche an weitgehende wirtschaftliche Zentralisierung in „nationalen Gilden“, während andere der Meinung sind, daß nur bei Dezentralisierung, bei direkter wirtschaftlicher Selbstverwaltung, auch jedermann seine Stimme und seine Fähigkeiten tatsächlich zur Geltung bringen

* Vortrag von Dr. Eva Schumann, Volkshochschule Loden 2. 20. Dezember, Abende 1.

4.9.9.9.8 W.a.F. Die Aktionäre erhielten davon für ihre...

Jahresbericht des Gau's 4 (Stettin) über 1920.

Der am Schluß unseres letzten Jahresberichtes ausgesprochene...

Nahrungsmittel-Industrie

Berlin. Die in der Margarine-Industrie Berlins beschäftigten...

Posteingänge sind 5206, Postausgänge 12.210 zu verzeichnen.

Die Tätigkeit des Gauvorstandes war auch im letzten Jahre eine...

Die beiden Einnahmen für die Hauptkasse betragen für das Berichtsjahr...

Wir hatten 457 Lohnbewegungen, welche in den meisten Fällen ohne...

Im Mecklenburg war es der Arbeitgeberverband für gemischte Betriebe...

Die Anzahl der abgeschlossenen Verträge sind in diesem Jahre...

In der Nähe von Adslin mußten unsere Köhler für die Arbeiter...

Kollegen und Kolleginnen von Bommern und Mecklenburg! Ueberall...

Verschiedene Industrien

Eine Konferenz der Arbeiterschaft der Lumpensortieranstalten Badens und der Rheinpfalz

Am 30. März in Mannheim statt, um zu der kurzfristigen Regelung...

Zahlstellenleiter-Konferenz des Gau's 15 (Stitz Hamburg)

Am Sonntag, dem 13. März, tagte im Gewerkschaftsraum zu Hamburg...

In seinem jüdisch zweifelhafte Referat entrollte Kollege Adler...

Unter Punkt 8 der Tagesordnung schilderte Kollege Borger den...

Unter Punkt 5 Punkt referierte Kollege Schärz über Zweck und Ziele...

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. In einer äußerst gut besuchten Mitglieder-Versammlung...

Da laut Vermerk ungeschicklich zu allen Vorträgen und Veranstaltungen...

Im ausgedehnten Ausmaß entrollte Genosse Brandes ein Bild...

Wie war die Enge des proletarischen Notwendiger als heute, wo...

Der Schmutz welcher von kommunistischer Seite auf Diäten von...

Dem Ziel kommunistischer Arbeit, die Gewerkschaften zu Marionetten...

Eine planmäßige Sozialisierung der Schlüssel-Industrien, welche...

Die Forderungen stellt die kommunistische Partei die Reaktionen...

Die Regierende und geführende, mit Furcht und Zitter arbeitende...

Ob Moskauer oder Amsterdam unter Ziel sein muß? Den Klassenkampf...

Nach 15tägigen Auswärtigen des Genossen Brandes erhielt Genosse...

Die Einsetzung Deutschlands, die Einlage der Arbeiterinnen und...

Trotz zureicher Gegendeweise stellte er die These auf, das nicht...

Durch Abstimmung (per Akklamation) wurde folgende Resolution...

Mit einstimmiger Annahme...

Rundschau.

Die neuen Postgebühren.

Table listing postal rates for letters, press, and parcels. Includes categories like 'Postkarten', 'Briefe', 'Drucksachen', and 'Warenproben' with sub-categories for distance and weight.

Ansichtsarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Häftlichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, werden als 'Drucksache' befördert.

Table for 'Warenproben' (samples) with rates for different weight ranges (up to 250g and over 250g).

Die aus zusammengefügten Drucksachenarten, Drucksachen, Geschäfts-papieren und Warenproben bestehenden

Table for 'Mischsendungen' (mixed parcels) with rates for different weight ranges.

Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landbestellbezirks des Aufgabe-Postortes. Die Grenze des Aufgabe-Postortes deutet sich mit der Gemeindegrenze.

Nichtfreigemachte Drucksachenarten, Drucksachen, Geschäftspapier, Warenproben und Mischsendungen werden nicht befördert.

Table for 'Rahzone Fernpost' (international rates) for different weight ranges (up to 5kg and over 5kg).

Die Rahzone erstreckt sich auf 75 Kilometer. Ueber diese Entfernung wird als Fernzone angesehen.

Table for 'Postanweisungen' (postal orders) with rates for different amounts (up to 500 and over 500).

Table for 'Basillarien' (bulletins) with rates for different quantities (up to 50 and over 50).

Gegen den Anordnungs... Eine am 21. und 22. März in Berlin tagende Konferenz der Spitzenfunktionäre des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat gegen die kommunistischen Sprengzellen folgende Abwehrmaßnahme eingeleitet:

Nachdem die Gewerkschaftszentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands dazu übergegangen ist ihre Anhänger offen aufzufordern, unter Anwendung der verschiedensten Mittel die Tätigkeit der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen zu sabotieren...

1. Maßgebend für das Verhalten aller Mitglieder des DGB sind die Beschlüsse der Gewerkschaftsleitung, der Verbandstage, die Bestimmungen des Verbandsstatuts und des Organisationsplans des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

2. Wer dem gegenüber als Mitglied des DGB, Beisitzer oder Anweisungsbefehlshaber, oder der Postämter Gewerkschaftsinternationale befolgt, der ist gegen die deutschen Gewerkschaften rüchlos, stellt sich selbst außerhalb der Organisation und begibt sich dadurch jeden Anrechts an Beförderung.

3. Der Verbandsvorstand erhält den Auftrag, gegen diejenigen Mitglieder mit allen statutarischen Mitteln (einschließlich des Ausschlusses) vorzugehen, die:

a) sich an der Bildung kommunistischer, der Gewerkschaftsleitung dienender Fraktionen (Zellen) beteiligen;

b) Flugblätter usw., deren Inhalt sich gegen die Gewerkschaften richtet, veröffentlichen, ausgeben oder verbreiten;

c) an Versammlungen, Konferenzen, Zusammenkünften usw. aktiv teilnehmen, die zu Unfrieden führen, die Tätigkeit und Kampffähigkeit oder den Bestand der Gewerkschaften zu gefährden;

d) die Sperrung der Verbandsbeiträge propagieren oder selbst durchführen und damit die Aktivität der Gewerkschaften in Frage stellen;

e) durch Wort und Schrift die zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben notwendigen Disziplin zu untergraben versuchen.

4. Der Verbandsvorstand aller Art ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes an sich bringt oder in jenem Befehl behält, legt sich der strafrechtlichen Verfolgung aus.

5. Die Leiter der Fraktionen, die sich eines Verstoßes gegen obige Grundsätze schuldig machen, sind sofort ohne Gehaltszahlung zu entlassen.

Ein allgemeiner Kleingärtnerkongress.

Der Verband der Kleingärtnervereine Deutschlands (Gesellschaft Deutscher Kleingärtner) hat am 16. März in Berlin ein Programm für einen allgemeinen Kleingärtnerkongress beschlossen.

Zur Vorbereitung des Kleingärtnerkongresses sind zu bemerken, dass der Verband der Kleingärtnervereine Deutschlands...

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das erste Quartal 1921 haben eingeleitet: Helmsiedel, Kammin, Niedenburg, Viere, Ullow, Sulzbach, Wilm...

- List of names and locations: Helmsiedel, Kammin, Niedenburg, Viere, Ullow, Sulzbach, Wilm, Schöngau, Naumburg, etc.

Vom 1. April an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Table showing financial contributions from various regions like 'München', 'Leipzig', 'Dresden', etc., with amounts in Reichsmarks.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen. Erhöht Främme (Gau 1) 75 Pf pro Woche für die 3. Klasse. Die Erhöhung tritt am 1. April in Kraft.

Zustimmung zur Erhebung eines einmaligen Erntebeltrages. Erhöht Bayern, 1 RM pro Mitglied.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Frankfurt a. M., 2. Bev. und Geschäftsf.: Karl Bernab. Bureau; Schloßstraße 8. Elze, Marienwerder und Calchemmendorf, Ab 1. April mit Erwan verschmolzen.

Gaffelsche I. Gau, 1. Bev.: Karl Bollmann, Krammelsstraße 4. Preußen a. d. Elbe, 2. Bev.: August Schreier, Elbstraße 17.

Gau 3. Jüllingen i. d. Mark, 2. Bev.: Gustav Tomaszka. Sagan i. Schl. seit Januar d. J. an Bunzlau angeschlossen.

Gau 7. Bayen, 1. Bev.: Ernst Jecemies, 2. Bev.: J. HaaJa. Bureau: Geringsstraße 2, 11. Döbeln i. Sachsen, 2. Bev. und Geschäftsf.: Richard Gensjchel, Obermarkt 15, 1. Kamenz mit Bayen verschmolzen.

Gau 8. Schraplau i. Querfurt, Der 1. Bev. Reinhold Pöhlens ist zu streichen. Schweinfurt, 1. Bev.: Andreas Preger, Neue Gasse 37.

Gau 10. Jena i. Bayern, Der 1. Bev. Joseph Bachhuber ist zu streichen. Gau 11. Die Poststelle Unterweißbach i. Württemberg führt von jetzt an den Namen Badung i. Württemberg.

Die Poststelle Unterweißbach i. Württemberg führt von jetzt an den Namen Badung i. Württemberg. 1. Bev.: Ferdinand Ried, Unterweißbach i. Württemberg. 2. Bev.: Robert Brenner, Badung i. Württemberg, Steinbacher Straße 27.

Gau 14. Burgbrohl i. Großtal, 2. Bev.: Karl Diez, Burgbrohl, Hauptstr. Gau 15. Seif b. Segeberg (Neue Poststelle), 1. Bev.: August Brerck, 2. Bev.: Rudolf Köllner.

Gau 16. Dinslaken i. Rhld., 1. Bev.: Paul Klump, Loßberg b. Dinslaken, Reichstraße 113.

Für den Bezirk Hachen-Steinberg-Eschweiler.

Wird ein tüchtiger Kollege als Geschäftsführer mit dem Sitz in Stolberg gesucht. Anstellungsbedingungen sind: 3 Jahre...

Zabistelle Fulda.

Der Geschäftsführerposten ist besetzt. Allen Vereinen bitten Dank.

Angefangen des herrlichen Bruderkampfes, der zur Zeit zum Schaben des gesamten Proletariats in der deutschen Arbeiterklasse, namentlich auf politischem Gebiet tobt, stellt sich die Mitgliederbewegung...

Sie erobert in dem Bestreben, die Gewerkschaften zur sogenannten Arbeiter Internationalen herüberzuführen eine schwere Gefahr für die Einzelnen und Geschlossenheit nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, denn zur Zeit noch einzigen festen Bollwerk gegen die Kapitalistenklasse.

Dadurch daß die Mitgliederversammlung diese Bestrebungen auf das entschiedenste verurteilt, verpflichtet sie alle Mitglieder, stets für die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken und allen Sonderbestimmungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Die Mitgliederversammlung erwartet von den maßgebenden Gewerkschaften (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Afa, Hauptverband) ein festes, festes Bekenntnis und Handeln für den richtigen Kampf des Proletariats.

Der allen Dingen ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln der militärische Kampf für die Durchführung der Sozialisierung aufzunehmen. Richard Mager, Schriftführer.

Beobacht. Am 2. Osterfesttag hielt der Bezirk Marienthal Jubiläumssitzung, keine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Sonnenmann, referierte über die jetzige wirtschaftliche Lage und gab bekannt, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern in Berlin gescheitert sind; es soll jetzt bezugsweise verhandelt werden.

Er weist darauf hin, daß die Arbeitgeber das sind, wieder gelbe Gewerkschaften zu schaffen. Verschiedene Disziplinierungskritiken das Verhalten der vorherigen Vorstandsmitglieder und forderten, sich an dem vorgeschlagenen Votum zu betheiligen. Ferner wies er, daß keine Berichte von unseren Versammlungen im Proletariat erschienen. Kollege Sonnenmann erklärt die Kollegen sollen sich erst einmal angewöhnen, die Versammlungen zu besuchen; der Proletariat ist doch nicht dazu da, auch nicht in der Lage, um jeder politische Berichte zu bringen für jene, die keine Versammlung besuchen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, ihren Sozialismus zu fixieren. Die Kollegen in Marienthal sollen sich doch nicht stabilisieren, sie seien Kommunisten. Sie gehören heute noch dem Arbeiterpartei und dem bürgerlichen Gesangsverein an. Er ermahnte ferner die Kollegen, ohne Verzögerung des Vorstandes nichts zu unternehmen, falls die Verhandlungen mit den Unternehmern scheitern sollten. J. S.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Armee der Arbeit.

Eine interessante Statistik über die internationale Gewerkschaftsbewegung bringt die Arbeiterpresse. Sie erstreckt sich auf 20 Länder und zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zeit von Ende 1910 bis Ende 1919. In den 20 Ländern wurden 1910 rund 10 830 000 Organisierte gezählt, deren Zahl bis Ende 1919 auf 32 680 000 angewachsen war. Für die einzelnen Länder ergeben sich die folgenden Zahlen:

Table showing membership statistics for various countries from 1910 to 1919. Countries listed include Deutschland, England, Belgien, etc.

Die beiden Häuser lassen bei Schluß zu, daß sie Statistik alle organisierten Hand- und Arbeiterkräfte zeigen.

Fast 23 Millionen organisierte Arbeiter! Diese Millionen, wenn sie sich nur halb so organisiert hätten, wären das gleiche Heer, das die Welt vor sich herzieht, das die Welt vor sich herzieht, das die Welt vor sich herzieht...

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Das Arbeitslosenprogramm des DGB und der Kommunistenpartei.

Gegen die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen:

1. Die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen:

2. Die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen:

3. Die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen:

4. Die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen:

5. Die kommunistische Ausbeutung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung von Arbeit für die Arbeitslosen werden die Arbeitslosen des DGB, die folgenden für den Kampf ausgehen: